

Nuhsati 5 Krnqtur  
ABONE  
Posta screti dabil oimak tara  
DAHİL İÇİN HARC İÇİN  
Aylik Türk lirası 1.50 R.M. 5.-  
Oc aylık . . . . . 4.25 . . 13.-  
Altı aylık . . . . . 8.- . . 25.-  
Bir senelik . . . . . 18.- . . 50.-  
yahut muhtabil.  
Maktaba 0 deiza giyaz.  
İdarerhane  
Tebkha Caddesi No. 899 ve 987  
Telegraf adresi: Türkipost.  
Telefon: 44.000.  
Posta Kutumu: İstanbul 1209.

# Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krnqtur  
BEZÜGSPREISE  
Inland Ausland  
Nr 1 Monat T. Pld. 1.50 R.M. 5.-  
" 3 Monate " 4.25 " 13.-  
" 6 Monate " 8.- " 25.-  
" 12 Monate " 18.- " 50.-  
odw Gegenwert  
Erscheint wöchentlich 6 mal.  
Geschäftsleitung:  
Tekke-Caddesi Nr. 899-987.  
Druckmaschinen: Türkipost.  
Fernsprecher: 44.000  
Postfach: İstanbul 1209.

## Anschluss des Stahlhelms an die Hitlerbewegung

### Auflösung der deutschnationalen Kampfverbände

Berlin, 21. Juni  
Über die Eingliederung des „Stahlhelm“ in die nationalsozialistische Bewegung teilen die Reichspressestelle der NSDAP und der Stahlhelm folgendes mit:  
In einer heute abgehaltenen Besprechung zwischen Reichskanzler Adolf Hitler, Reichsarbeitsminister Seldte als Stahlhelmführer, Reichswehrminister v. Blomberg und Vizekanzler v. Papen wurde vereinbart, daß sich zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“ in die nationalsozialistische Bewegung eingliedert.  
Der „Kern-Stahlhelm“ bleibt wie zuvor der Führung des Bundesführers unterstellt.  
Der Bundesführer verbietet von jetzt ab den Mitgliedern des Kern-Stahlhelms jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP.  
Der Führer der NSDAP, Reichskanzler Adolf Hitler, gibt somit die Mitgliedschaft bei der NSDAP für den Stahlhelm frei.  
Der Jung-Stahlhelm tritt neben die SA und SS und wird dem obersten SA-Führer unterstellt.  
Der Bund „Scharnhorst“ wird der Hitlerjugend angegliedert.

lischer und kommunistischer Ausschreitungen in bedrohliche Nähe.  
Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Friedens, zum Schutze von Volk und Staat sei die Auflösung dieser Kampftruppeneinheiten und notwendig erschienen. Im Hinblick auf die organische Einheit der deutschnationalen Kampftruppe und des Bismarckbundes und der zielbewußten Fortführung der nationalsozialistischen Revolution im Interesse von Volk und Staat war die Auflösung und unterschiedslose Behandlung beider Verbände mit zwingender Notwendigkeit geboten.  
In Preußen ist das Verbot durch die Geheimen Staatspolizei in Verbindung mit besonderen Bereitschaften der Schutzpolizei bis zum Abend restlos durchgeführt worden.  
Durch das vom Geheimen Staatspolizeiamt beschlagnahmte Material wird erhärtet, daß diese Kampftruppen bis zu 70 v. H. aus Kommunisten und Marxisten bestanden. Die Prüfung der Mitgliederlisten hat ergeben, daß nicht nur einfache Mitglieder, sondern auch Funktionäre der kommunistischen Organisation in die Kampftruppe übergetreten sind und dort ihre staatsfeindliche und zersetzende Tätigkeit voll auf weiter durchgeführt haben.  
In einem aufgefundenes und beschlagnahmten Schreiben heißt es z. B.: „Hier tritt alles der Kampftruppe bei, sie ist marxistisch versect und auf die Knochen, Hitler wird sie bestehen lassen.“  
Kommunistische Elemente haben es verstanden, sich bis in die oberste Führung hineinzuwickeln. So soll der Führer der Stabs-Kampftruppe, Schuster, ehemals ein bekannter Rotfrontkämpfer und Hetzer bei der Roten Volksmarine gewesen sein.  
Von den etwa 3.000 Mitgliedern der Kampftruppe Berlin sind mehr als 2.000 bis in die letzte Zeit hinein aktiv marxistisch tätig gewesen. Einer dieser Kampftruppennführer ist z.B. in den letzten 10 Jahren wegen über krimineller Verfehlungen und Verbrechen 20mal verurteilt und der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gesprochen worden.  
Von den in Berlin festgenommenen Mitgliedern der Kampftruppe wurden die meisten, nachdem man ihnen Uniform und Waffen abgenommen hatte,

wieder entlassen, bis auf etwa 40, die in Polizeihaft behalten wurden.  
Der Führer der Kampftruppe, der frühere Staatssekretär im preußischen Innenministerium v. Bismarck, wurde heute im Staatspolizeiamt einer eingehenden Vernehmung unterzogen, die noch nicht abgeschlossen ist.  
Er erklärte dabei immer wieder, daß er keine Ahnung gehabt habe, wie die Zustände in den Kampftruppen tatsächlich gewesen seien.  
London, 21. Juni  
Das Verbot der deutschnationalen Kampftruppe findet in der englischen Abendpresse große Beachtung. Die Blätter bringen die Berichte darüber an hervorragender Stelle.  
Untersuchung gegen die Bayerische Volkspartei  
München, 21. Juni  
Die bayerische politische Polizei hat heute gegen die Bayerische Volkspartei einheitlich im ganzen Lande eine Untersuchung durchgeführt.  
Eine ganze Menge von Material, das beschlagnahmt wurde, wird noch gesichtet, in einzelnen Fällen mußten Festnahmen erfolgen.  
Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in dem dringenden Verdacht, daß führende Persönlichkeiten der Partei zu den österreichischen Christlich-sozialen Beziehungen unterhalten haben, die mit den jüngsten Ereignissen in Oesterreich in Verbindung stehen.  
Dieser Verdacht hat sich in den letzten Tagen so verdichtet, daß es nötig erschien, diese Verbindungen restlos festzustellen.  
Die bayerische Regierung wird den Landtag voraussichtlich auf den 8. Juli einberufen.  
München, 21. Juni  
Die bayerische politische Polizei hat heute die Zimmer der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei im Landtagssgebäude einer Durchsuchung unterzogen, nachdem Minister Esser hierzu die Genehmigung erteilt hatte.  
Es bestand der Verdacht, daß eine Reihe von Nachrichten, die bei der Landbevölkerung verbreitet worden waren und darauf ausgingen, die Reichsregierung zu schädigen, aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei stammten.

## Die Londoner Beratungen

### Die Währungsfrage

London, 21. Juni  
Im Währungsausschuß der Weltwirtschaftsstagung sprach heute nachmittag Dr. Focke und legte den Standpunkt der deutschen Abordnung zu den Fragen der Kredit- und Preispolitik dar.  
Er bezweifelte, daß es ratsam sei, das Währungssystem eines Landes zu ändern, um dadurch künstlich neue Kaufkraft hervorzuheben. Wenn wir — so meinte der Redner — durch die Beschlüsse der Tagung die Kaufkraft der Welt heben können, so wird sich das Preisproblem in natürlicher Weise regeln, niemals aber kann Vertrauen künstlich herbeigeführt werden. Wir wünschen das Wirtschaftsleben zu ermutigen und es auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

## Ismet Pascha

### eröffnet eine Ausstellung von Schülerarbeiten

Ankara, 21. Juni (A.A.)  
Heute um 6 Uhr nachmittags wurde im Ismet Pascha Mädchen-Institut die Ausstellung der im Laufe dieses Unterichtsjahres fertiggestellten Handarbeiten durch den Ministerpräsidenten Ismet Pascha persönlich eröffnet.  
Die Ausstellung ist mit Arbeiten der Schülerinnen reich besetzt.  
Der Ministerpräsident und die übrigen geladenen Gäste besichtigten jede Abteilung der Ausstellung eingehend, ließen sich von Lehrern und Schülern über die Arbeiten unterrichten und legten für das Dargebotene große Teilnahme an den Tag.  
Als Ismet Pascha die Ausstellung verließ, brachte er seine besondere Anerkennung und seinen Dank zum Ausdruck und beglückwünschte den Direktor sowie die Lehrerschaft zu dem gelungenen Werk.  
Die Ausstellung wurde von Unterrichts-, Justiz- und Innenminister und zahlreichen anderen prominenten Persönlichkeiten besucht. Die Ausstellung wird noch einige Tage geöffnet bleiben.

## Diktatur?

### Ermächtigungsgesetz und Notverordnungen

Vom Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Pfundner.  
Die Regierung der nationalen Erhebung in Deutschland hat ihre Bestätigung als höchstbevollmächtigte Vertretung des deutschen Volkes erhalten! Dies geschah nicht nur durch den Ausfall der Wahlen, die damals den hinter der Regierung stehenden und sie unterstützenden Parteien eine überwältigende Mehrheit gebracht haben, es geschah in weit umfassender Form noch durch die am 24. März ds. Js. erfolgte Annahme des Ermächtigungsgesetzes für die neue nationale Regierung seitens sämtlicher im Reichstage vertretenen Parteien mit alleiniger Ausnahme der Sozialdemokraten mit einer überwältigenden Mehrheit von 441 zu 94 Stimmen. Damit ist der Regierung Adolf Hitler eine Vertrauensumgebung von einem bisher noch nie erlebten Ausmaß zuteil geworden. Das Volk aber hat damit gleichzeitig die endgültige Abkehr von den bisherigen Gepflogenheiten eines mißverstandenen und falsch ausgeübten Parlamentarismus vollzogen und alle eigennützigen Interessen und Sonderwünsche dem einen überragenden Gedanken des nationalen Wiederaufbaus untergeordnet.  
Das neue Ermächtigungsgesetz gibt der Regierung Hitler das Recht, auf die Dauer von 4 Jahren, d. h. also praktisch während der ganzen Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstags alle Gesetze und Verordnungen auf innerpolitischem Gebiete zu erlassen und sämtliche außenpolitischen Entschlüsse zu fassen ohne vorherige Bewilligung und ohne nachträgliche Kontrolle durch den Reichstag, auch wenn sie verfassungsändernden Charakters sind. Ausgenommen sind lediglich Beschlüsse, welche die Einrichtung des Reichstags oder des Reichsrat als solche berühren oder die Schmälerung der Rechte des Reichspräsidenten bedeuten würden. Damit ist die Gewähr gegeben, daß an den Grundpfeilern der gegenwärtigen Verfassung, insbesondere der Staatsform sowie an der Berechtigung des deutschen Volkes und der deutschen Länder, an dem nationalen Wiederaufbau mitzuarbeiten, durch das Ermächtigungsgesetz nicht gerüttelt werden soll.  
Eine besondere Note erhält die Zustimmung des Reichstags und des Reichsrates zu dem Ermächtigungsgesetz durch die Tatsache, daß der Reichstag infolge seiner bekannten Zusammensetzung ohnehin als Reichstag des nationalen Zusammenschlusses durchaus handlungsfähig war. Das Gleiche gilt von dem Reichsrat. Gerade die klaren Mehrheitsverhältnisse in diesen beiden Organen des deutschen Volkes erfüllen zum ersten Male die Voraussetzungen für eine normale Gesetzgebung. Wenn sie also trotzdem den glatten Verzicht auf ihre Mitwirkung bei der Gesetzgebung ausgesprochen haben, so liegt dieser Haltung nicht ein rein politisches, sondern ein im tiefsten Sinne sittliches Element zugrunde: Es bedeutet eine bewußte Absage an den Parlamentarismus in der bisher in Deutschland geübten Form. Es bedeutet eine ebenso bewußte Unterstreichung des Grundsatzes, daß bei der Führung der deutschen Geschichte an die Stelle der namenlosen Verantwortung der Menge nunmehr das Verantwortungsbewußsein weniger führender Männer treten soll, die das deutsche Volk hierfür berufen und auserwählt hat.  
Dem Opfer, welches die deutsche Volksvertretung mit diesem Verzicht auf ein ihr verfassungsmäßig zustehendes Recht dem sittlichen Gedankens der nationalen Erneuerung gebracht hat, entspricht die Aufnahme dieses Beschlusses bei der Regierung. Sie hat durch den Mund des Reichskanzlers Adolf Hitler ausdrücklich erklären lassen, daß es nicht in ihrer Absicht liegt, den Reichstag oder den Reichsrat bei der Gesetzgebung auszuschalten. Sie wird ihnen vielmehr von Zeit zu Zeit Gelegenheit geben, zu den von der Regierung beschlossenen Maßnahmen und Gesetzen Stellung zu nehmen.  
Wenn bei dem so gekennzeichneten

## Neurath abgereist

Der Führer der deutschen Abordnung Außenminister v. Neurath hat heute London verlassen und wird morgen nachmittag in Berlin erwartet.

## Amerikanische Sachverständige

New York, 21. Juni  
Der amerikanische Professor Mollins, einer der engsten wirtschaftlichen Berater Roosevelts, hat sich heute in New York eingeschifft, um die Überfahrt nach London anzutreten.

## Geheime Sitzung der Kleinen Entente

London, 21. Juni  
In London fand heute eine wichtige Geheim Sitzung der Vertreter der Kleinen Entente statt.  
Welche Fragen erörtert wurden, ist noch nicht bekannt.

## Ruhe und Ordnung im Reich

### Anerkennende Worte von Ausländern

Friedrichshafen, 21. Juni (A.A. nach WTB.)  
Zahlreiche Ausländer, die an der vom Deutschen Automobil-Club veranstalteten Studienreise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet teilnahmen, besichtigten die Zeppelinwerk und die Maybachsche Motorenfabrik.  
Bei einem Frühstück, das zu Ehren der Gäste gegeben wurde, hielt Dr. Eckener eine Rede, in der er sich für die harmonische Zusammenarbeit der Völker in friedlichem Wettbewerb aussprach.  
Die ausländischen Gäste erkannten ausnahmslos an, daß im neuen Deutschland Ruhe und Ordnung herrschen. Besonders hoben sie die Arbeitsamkeit des deutschen Volkes hervor.  
Die Eindrücke, die sie bei ihrer Studienreise durch Deutschland empfingen hätten, hätten bewiesen, daß die von manchen ausländischen Zeitungen über das neue Deutschland verbreiteten Nachrichten eine falsche Vorstellung von den tatsächlichen Verhältnissen gäben.  
Der ungarische Abgeordnete Baron Görgy hob besonders die Befriedigung des ungarischen Volkes darüber hervor, daß es Deutschland endgültig gelungen sei, sich von der kommunistischen Gefahr zu befreien.

## Osterreichische Massnahmen

### „Autarkie“-Wünsche

Wien, 21. Juni  
Die österreichische Regierung beabsichtigt, die Einfuhr aus Deutschland und den Handelsverkehr mit dem Reich möglichst einzuschränken.  
Der österreichische Innenminister hat einen Ausschuss von Fachleuten eingesetzt, der alle Einzelheiten des österreichischen Handelsverkehrs genau studieren soll.  
Berlin, 21. Juni  
Nach der Absage des Fußball-Länderkampfes Deutschland-Oesterreich durch die Leitung des österreichischen Fußballverbandes sind nun auch die Wasserballwettkämpfe zwischen beiden Staaten abgesagt worden, weil die österreichischen Behörden auch den Wasserballspielern die Genehmigung zur Ausreise nach Deutschland nicht erteilt haben.  
Das Spiel hätte am Sonntag in Ludwigswigurg stattfinden sollen.

## Der kubanische Gesandte in Berlin gestorben

### Beileid Hindenburgs

Berlin, 21. Juni  
Der Reichspräsident hat anlässlich des Ablebens des kubanischen Gesandten dem Präsidenten der Republik Kuba und der Witwe des Dahingeschiedenen in herzlichen Worten telegrafisch sein Beileid ausgesprochen.

## Die alten Uniformen begründen das Volksheer

Graz, 21. Juni (A.A.)  
In einer christlich-sozialen Versammlung sprach Heeresminister Vaugoin über die kürzlich erfolgten Anschläge.  
Der Minister betonte, daß die Regierung nur mit dem Verbot der NSDAP in Oesterreich auf die Anschläge habe antworten können.  
Deutschland wolle Oesterreich seinem Willen unterwerfen. Oesterreich sei jedoch zu gesund, als daß man es um den Preis des Fremdenverkehrs verkaufen dürfe.  
Zur Wiedereinführung der alten Uniformen im österreichischen Heere erklärte der Minister, daß das Heer vom 29. Juni ab wieder ein wahres Volksheer sein werde, das mit dem Vaterlande eng verbunden sei.  
Am Schluß der Versammlung kam es zu heftigen Zusammenstößen, als die Nationalsozialisten die Christlichsozialen daran hindern wollten, einen Umzug durch die Straßen der Stadt zu veranstalten. Es gab einige Verwundete. Mehrere Personen wurden verhaftet. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

## Düsseldorf, 21. Juni (A.A. nach WTB.)

Zur Säuberung des „Stahlhelms“ von marxistischen und anderen staatsfeindlichen Elementen, die sich in letzter Zeit in diesen Verband eintragen ließen, haben die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz die Auflösung des Stahlhelms in seiner gegenwärtigen Form angeordnet und die Geschäftsstellen des „Stahlhelms“ vorübergehend schließen lassen, um das Vermögen des Verbandes mit Beschlag zu belegen.  
Diese Maßnahme hat nicht den Zweck, den Stahlhelm endgültig aufzulösen, sondern nur den Zweck, die politischen unerwünschten Elemente aus dem Verband zu entfernen und ihn als eine unpolitische Vereinigung zur Pflege der Ueberlieferung der alten Frontkämpfer wiederaufzubauen.  
Berlin, 21. Juni  
Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampftruppe ist heute im ganzen Reich einheitlich durchgeführt worden.  
Der Reichskanzler hat die Reichsstatthalter angewiesen, in den ihnen unterstellten Ländern ebenso zu verfahren, wie in Preußen vorgegangen wurde.  
Marxistische Umtriebe  
In einer ausführlichen Begründung legt der preußische Ministerpräsident Goering die Vorgänge dar, die zu der heutigen Aktion Anlaß gaben.  
Es heißt in dieser Begründung u. a., daß nach der Gründung der nach der nationalen Erhebung ins Leben gerufenen „Kampftruppe“ junger Deutschnationaler“ vonseiten der ehemaligen Mitglieder der aufgelösten und verbotenen Roten Frontkämpferverbände und anderer kommunistischer und marxistischer Verbände die Aufforderung an ihre Mitglieder ergangen sei, in die deutschnationalen Kampftruppen einzutreten.  
Die amtlichen Ermittlungen über die bisherige Zugehörigkeit und Betätigung der Mitglieder dieser Kampftruppen ergaben, daß sich in ihnen oft zahlenmäßig weit überwiegend Mitglieder verbotener kommunistischer Organisationen befanden.  
Damit rückte die Gefahr staatsfeind-

## Kundgebung in Berlin

### gegen die Vorfälle auf der Internationalen Arbeitstagung

Berlin, 21. Juni  
Die deutschen Vertreter auf der Internationalen Arbeitstagung sind heute nachmittag um 14 Uhr in Berlin eingetroffen.  
Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge, hauptsächlich Mitglieder der NSBO, begrüßten die Ankommenden auf dem Anhalter Bahnhof.  
Vertreter der Arbeitgeber Dr. Erdmann, der Treuhänder für den Arbeitsbezirk Rheinland und Westfalen Dörger, und schließlich der Landesführer der NSBO, Staatskommissar Engel, der erklärte, der heutige Protest sei sehr ernst gemeint und werde in der ganzen Welt Widerhall finden.  
Arbeiter stouern zur Adolf Hitler-Spende bei  
Berlin, 21. Juni  
Die deutsche Arbeitsfront hat heute der „Adolf Hitler-Spende für Opfer der Arbeit“ den Betrag von 100.000 Mark durch die Arbeiterverbände überwiesen.  
Be strafte Vorräter  
Leipzig, 21. Juni  
Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte heute einen Arbeiter aus Spandau wegen Verrates militärischer Geheimnisse zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.  
60 Kommunisten verhaftet  
Stuttgart, 21. Juni (A.A.)  
Im Zusammenhang mit dem Brand des kommunistischen Ferienheimes bei Stuttgart, wurden 60 Kommunisten verhaftet, die in einem Konzentrationslager untergebracht werden sollen.  
Der Brand soll durch Brandbomben verursacht worden sein.